

Sechstens: Wir haben noch im wesentlichen unseren Boden und werden ihn auch behalten.

Siebens: Wir haben noch unsere Arbeitskraft und unsere geistigen Fähigkeiten. Auf diese beiden Faktoren kommt es im Augenblick und für die Zukunft an. Deutschlands Schaffen, Deutschlands Wollen und Deutschlands Haltung in den hinter uns liegenden Jahren waren gewaltig. An diesem Gesamturteil wird durch den End-Mißerfolg ebensowenig geändert, als durch mancherlei tadelnswerte Einzelercheinungen. Die wahre Größe des Einzelnen wie des ganzen Volkes zeigt sich aber erst in seinem tiefsten Elend. Und deshalb müssen wir jetzt zeigen, daß wir auch der gegenwärtigen Bedrängnis gewachsen sind.

Voraussetzung dafür ist, daß alle diejenigen, die nicht Anhänger der Revolution sind, sich resolut ablehnen von aller Reaktion. Alles Loben und Nachtrauern der alten Zustände, alles tatenlose Venörgeln der neuen Verhältnisse, alles sehnüchtige Gänderringen nach dem Gewesenen hat keinen Zweck, ja ist sogar gefährlich, denn es verschärft nur die Maßnahmen der derzeitigen Gewalthaber und fördert den Volkshetzerismus. Der ist unser größter Feind. Ihn zu bekämpfen ist unsere erste Aufgabe. Wir bekämpfen ihn nur dadurch, daß wir in der gegenwärtigen Ordnung alle unsere Kräfte, ein jeder an seinem Platze, ausnützen. Nur so kann weiteres Unheil vermieden werden.

Wierwar im Sozialismus.

Der Sozialismus erstrebt eine völlige Umänderung der wirtschaftlichen Rechtsordnung. Ueber das wie, die Art und das Maß der erstrebten Aenderung hat bei den Sozialisten wohl noch zu keiner Zeit völlige Klarheit und Einigkeit bestanden. Durch das im Jahre 1848 veröffentlichte Sozialisten-Manifest und seine Begründung von Karl Marx und Friedrich Engels glaubten die Verfasser den Sozialismus zur politischen Wissenschaft erhoben zu haben. Die Anhänger der verschiedenen sozialistischen Richtungen feierten denn auch das Manifest als eine große Kulturereignenschaft.

Das kommunistische Manifest enthält und begründet vor allem die Lehre vom Mehrwert. Der Unternehmer und Kapitalist zahlt dem Arbeiter nicht mehr als er zum Leben braucht, der aus der Produktion und Arbeit anfallende Mehrwert fällt den Kapitalisten zu. Er wird so der Ausbeuter und immer reicher; der Arbeiter ist der Ausgebeutete und wird immer ärmer. Dieser Zustand kann nur beseitigt werden durch Ueberführung des Privateigentums und der Produktionsmittel in das Gemein-Eigentum, in das Eigentum der Gesellschaft. Die christliche Religion ist die dem Privateigentum entsprechende Ideologie. Durch sie soll der Arme getröstet werden mit der Hoffnung auf ein besseres Jenseits. Mit der Beseitigung des Privateigentums wird die Religion von selbst verschwinden. Der Arbeiter, der jetzt kein Vaterland hat, wird erst durch die Verbreitung des Sozialismus über die ganze Welt ein solches erhalten. Der Sozialismus ist nicht national, sondern international.

Mit diesem Programm, seiner antireligiösen und gegen das Privateigentum gerichteten Tendenz, entstand die sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bei der nun einsetzenden Bewegung und durch die wirtschaftliche Entwicklung, zeigte sich allenthalben, daß es mit der Wissenschaftlichkeit der marxistischen Lehre nicht allzuweit her ist. Bereits 1880 mußte Marx selbst zugestehen, daß bei Betätigung der in der bürgerlichen Gesellschaft vorhandenen Produktionskräfte die von ihm in Aussicht genommene Wirtschaftskatastrophe nicht so schnell eintreten werde. Schließlich war auch die Mehrwertstheorie und die Verelendungstheorie nicht haltbar.

Die Mängel des sozialistischen Manifestes führten zur Aenderung des Programms. Im Jahre 1869 entstand das Eisenacher Programm, das durch das Gothaer Programm 1875 abgelöst wurde. Die Mängel und

Unvollkommenheiten dieser Programme und deren Undurchführbarkeit führten zum Erfurter Programm vom Jahre 1891. Auch dieses reformierte Programm blieb nicht lange unbeamtandert. Es vertrat die Auffassung, daß die Mittelschichten, die Klein-Bürger und Bauern versinken, der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten immer größer, der Klassenkampf schärfer, die Wirtschaftskrisen umfassender und verheerender werden, allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft werde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt. Das Erfurter-Programm als wissenschaftliches Programm des Sozialismus zeigte sich als undurchführbar, es ist lediglich ein Agitationsprogramm von besonderer Art. Im Hinblick auf die Schwächen des Erfurter Programms haben denn auch die Revisionisten seit langem auf eine Aenderung desselben hingedrängt, sind aber bis jetzt nicht durchgedrungen. Auf den Parteitag und in den Versammlungen gab es heftige Kämpfe, aber keine Klarheit darüber, wie das Programm ausgestaltet werden soll. So hielt man von Parteitag am Marxismus fest, ein Verhalten, das von dem englischen Sozialisten Bernhard Shaw als kindlich und konservativ bezeichnet wurde.

Bei Kriegsausbruch 1914 stand der Streit still. Die deutsche Sozialdemokratie trat zunächst geschlossen auf, folgte dem Ruf des Kaisers unter die Waffen, genehmigte die Kriegskredite und verhielt sich so zunächst korrekt im Sinne der Vaterlandsfreunde. Die Versicherung des Kaisers am 4. August 1914: Wir führen keinen Eroberungskrieg, ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche, der offensichtliche Ueberfall Deutschlands, dessen Gefährdung durch das zaristische Rußland hatten diese Stellungnahme der Sozialdemokraten bewirkt.

Am 4. August sowohl wie noch bei der Tagung des Reichstages am 10. März 1915 gab der damalige Fraktionsführer, Abg. Haase, die Erklärung ab, daß sie, angesichts der Verhältnisse und des in der Hauptsache aus ökonomischen Interessengegensätzen entstandenen Krieges die Kriegskredite bewilligten. In seiner Rede vom 10. März 1915 hob Haase allerdings schon sehr stark die Zugehörigkeit seiner Partei zur Internationale hervor. Diese Aeußerung zeigte bereits die inzwischen in der sozialdemokratischen Fraktion aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten an. In der Sitzung vom 20. März 1915 kam es zu einem Austritt zwischen den Abgeordneten Ledebour und Scheidemann. Der Abg. Ledebour hatte im Auftrage seiner Fraktion die Beschwerden und Wünsche zum Vereinsgesetz und zur Zensur vorzutragen. Daran knüpfte er eine weitergehende Kritik und sprach von zaristischen Mäuren der deutschen Politik, kritisierte militärische Maßnahmen der Obersten Seeresleitung im Osten, unterstützte durch Zwischenrufe des Abg. Liebknecht. Auf Anfragen der Parteien hin, ob die Fraktion mit dieser die Kriegsführung und die deutschen Interessen schädigenden Aeußerungen Ledebour einverstanden sei, erklärte Abg. Scheidemann im Auftrage des Vorstandes: Ledebour ist nur beauftragt gewesen über den Sprachparagrafen zu reden, das darüber hinaus gesagte hat er selbst und allein zu verantworten. Scheidemann betonte aber dann, daß Ledebour kein Wort gegen General Hindenburg gesagt, vielmehr ihn ausdrücklich gefeiert habe. Der bisherige Führer der Fraktion Haase trat an diesem Tage nicht mehr in Erscheinung und an seiner Stelle gab der Abg. Scheidemann im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab: In Bekräftigung unseres festen Willens einen ehrenden, dauernden Frieden zu bekommen, werden wir dem diesmaligen Etat unsere Zustimmung geben. Als der Präsident die Annahme des Stats erklärte und einer der Abgeordneten Einstimmigkeit feststellen zu können glaubte, tamen aus den Reihen der Sozialdemokraten kein-Rufe.

Am 31. Juli 1915 trat dann der Abg. Liebknecht ganz offen als Demonstrant gegen die Reichstagsfraktion durch Einbringung einer Anfrage betreffend sofortiger Friedensverhandlungen hervor. Er hatte dem Fraktionsvorstand zuvor keine Kenntnis gegeben und erhielt dann wegen Disziplinbruch eine Rüge. Gegen

67
Blü
aus
als
Biel
V
Int
die
Hilf
sich
hän
Sep
dah
gew
Tei
und
die
mit
lam
Krit
Per
Die
Im
ital
von
sim
Int
Pri
all
wu
Y
me
gek
Pa
Re
Si
Ar
ber
Ju
gel
su
ha
gr
die
da
Me
bi
ve
ge
D
ur
di
fi
de
Da
ta
R
L
G
J
E
a
P
di

67 Abgeordnete der Mehrheit standen 17 Abgeordnete des radikalen Flügels. Schließlich wurde Abg. Liebknecht Mitte Januar 1916 aus der Fraktion ausgeschlossen. Führende Abgeordnete haben ihn als nicht normal bezeichnet. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ Dielefeld hat ihn einen politischen Querelanten genannt.

Liebknecht und andere Radikale hofften mit Hilfe der roten Internationale den Frieden herbeiführen zu können, eine Ansicht, die von anderen Genossen nicht geteilt wurde. Der Glaube mit Hilfe der internationalen Sozialisten den Krieg zu beenden, hat sich als ein, für sich als ein für Deutschland außerordentlich verhängnisvoller Irrtum erwiesen. Der Abg. Wilhelm Bloß hat im Sept. 1914 in einer Versammlung in Karlsruhe ausgesprochen, daß es von jeher eine Schwäche der sozialdemokratischen Partei gewesen sei, sich vom Ausland informieren zu lassen. Ein großer Teil der Sozialdemokraten ist dieser ausländischen Information und Agitation zum Opfer gefallen. Die Entente-Sozialisten haben die Schwäche der deutschen Sozialdemokraten entsprechend ausgenutzt und sie durch Reden und Schriften gegen das eigene Vaterland einzunehmen versucht. Wir sehen seit Mai 1915 den sozialistischen Führer Belgiens Vandervelde gemeinsam mit Branting, Henderson und weiter mit Herrn Herve an diesem Ziele arbeiten. Die rote Internationale fand Unterstützung durch die goldene Internationale, auch durch die Freimaurerei. Das Sekretariat der italienisch-sozialistischen Partei hat am 7. April 1915 ganz offen von den Machenschaften der Freimaurer und den großwahnsinnigen französischen Imperialisten gesprochen. Die rot-goldene Internationale war nicht nur nicht für den Frieden, sondern ein Friedenshindernis. In der Kundgebung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. Januar 1916, wurde das deutlich ausgesprochen und gesagt:

Mit schmerzlichem Bedauern muß demgegenüber konstatiert werden, daß bisher alle Versuche internationaler Verständigung gescheitert sind, vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs, die an ihrer mit dem Zaren verbündeten Regierung durch mehrere hervorragende Mitglieder beteiligt ist. Sie billigt rücksichtslos deren Politik, die darauf gerichtet ist, den Krieg bis zur Niederlage Deutschlands, bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus fortzuführen und hat sich gegen eine Zusammenkunft des Internationalen sozialistischen Büros ausgesprochen.

Die radikalen Sozialisten vertreten eine andere Meinung und suchen die Schuld am Kriege und seiner Fortsetzung im Verhalten der deutschen Regierung. Dem anderen Teil der Sozialisten ging diese Auffassung viel zu weit. Im Streite darüber und über die Bewilligung oder Nichtbewilligung der Kriegskredite kam es dann am 24. März 1916 zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. 18 Abgeordnete trennten sich von dieser und bildeten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Diese verweigerten die Kriegskredite und ihre Agitation hat dazu beigetragen, die Hoffnung der Feinde auf den inneren Zerfall Deutschlands und seinen schließlichen Zusammenbruch zu stärken und zu verwirklichen.

Inwieweit es die ausländischen Kapitalisten vermocht haben, diese Stellungnahme der Radikal-Sozialisten zu beeinflussen, läßt sich ohne weiteres nicht sagen. Bis jetzt ist nur festgestellt, daß der Berliner Volksbeauftragte Warth und der unabhängige Sozialist Dr. Cohn zur Vertreibung der Revolution in Deutschland hunderttausende von Mark aus Rußland erhalten haben. Jetzt, nach der Revolution, gehen die Treibereien auch innerhalb der Sozialdemokratie weiter. Es weiß niemand mehr wer Koch und Kellner ist. Ein Teil der Sozialdemokraten ist zum kommunistischen Manifest zurückgekehrt, ein anderer Teil huldigt anarcho-syndikalistischen Tendenzen. Die Unabhängigen haben das Erfurter Programm wieder herausgeholt, während die Gewerkschafts- und Mehrheitssozialisten dessen Durchführung als unmöglich erklären. Die „Wissenschaftlichkeit“ des Sozialismus ist damit gründlich daneben geraten.

Durch den teilweise blutigen Streit der Sozialdemokraten unter-

einander, über die Güte ihrer Grundsätze und um die Nacht, kann Deutschland auch bei der größten Nachsicht der übrigen Volksgenossen nicht zur Ruhe kommen. Es wird vollends heruntergesinken und politisch und wirtschaftlich ruiniert. Die Arbeiterschaft wird dabei am schwersten betroffen und schließlich zur Sklavenarbeit verurteilt sein. Es scheint fast, als ob selbst der Streit innerhalb der Sozialdemokraten durch ausländische Kapitalisten geschürt werde; sie wollen Arbeitsklaven! Das ist der Kluch des Sozialismus. Er wollte Brot und Freiheit bringen, seine Unfreiheit, die zu seiner Proberegierung angewandten Methoden, haben uns auf den Weg des Elends und der Armut geführt.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsr! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückland befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Der 3. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 19. Januar bis 25. Januar.

Der 4. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 26. Januar bis 1. Februar.

Der 5. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 2. Februar bis 8. Februar.

Der 6. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 9. Februar bis 15. Februar.

Zur Beachtung!

Die Formulare zur Abrechnung für das 4. Quartal 1915, sowie die mit 1. Februar in Gebrauch zu nehmenden neuen Beitragsmarken sind den Poststellen diese Woche durch die Post zugegangen und dürften bereits in den Besitz derselben gelangt sein. Sollte eine Poststelle die Sendung bis etwa Mitte nächster Woche nicht erhalten haben, so ist aus unten näher dargelegten Gründen der Bezirksleiter, in dessen Bezirk die Poststelle liegt, hiervon zu verständigen. Dieser wird dann für Ersatz sorgen.

Mit 15. Januar sind verschärfte postalische Bestimmungen durch die Besatzungsbehörde für das besetzte Gebiet in Kraft getreten, die uns den schriftlichen Verkehr mit Poststellen sehr erschweren. Wir hoffen, daß der Zustand von nicht allzulanger Dauer sein wird und recht bald wieder zu den früheren Verkehrsverhältnissen zurückkehren können. Da die Schneider-Zeitung mit Erlaubnis der britischen militärischen Behörde weiter erscheint und der Verband keine Einschränkung erleidet, können wir durch sie doch in ständiger Fühlung mit den Poststellen und den Mitgliedern bleiben. Es liegt daher im Interesse aller Verbandskollegen, der Schneider-Zeitung für die Folge besondere Beachtung zu schenken. Da heute noch keine Gewißheit darüber besteht, wie sich der briefliche Verkehr vom unbesetzten in das besetzte Gebiet Deutschlands, insbesondere mit Köln gestaltet, wolle folgendes beachtet werden:

Alle den Verband betreffenden Angelegenheiten — ausschließlich der geldlichen — sind mit den Bezirksleitern bis auf Weiteres zu erledigen. Die Poststellen des 3. Bezirkes, soweit sie im unbesetzten Gebiet liegen, wenden sich an unser Sekretariat in Elberfeld, Wilhelmstraße 33 b Stb. Da der Geldverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und umgekehrt keiner Beschränkung unterworfen ist, sind Geldsendungen nach wie vor mittels Postkarte auf unser Postkonten in Köln zu leisten. Die Bezirksleitungen sind mit einigem Material versehen und können von diesen Beitragsmarken, Mitgliederkarten und Mitgliederbücher bezogen werden.

Die Formulare für die fällige Abrechnung des 4. Quartals sind nicht an die Geschäftsstelle des Verbandes, sondern nebst den dazu gehörigen Belegen an die Bezirksleiter zu senden. Dort werden sie so lange verwahrt, bis sie zu gelegener Zeit ungehindert an uns gesandt werden können. Desgleichen sind die Empfangsbescheinigungen für erhaltenes Material an die Bezirksleiter zu senden. Letzteres trifft auch für die Empfangsbescheinigungen für die diese Woche den Poststellen noch von hier aus zugegangenen Beitragsmarken zu.

Die Adressen der Bezirksleiter sind für den:

1. und 2. Bezirk: Alois Frei, Stuttgart, Schwabenbergstraße 73.

Der Bezirk umfaßt die Poststellen: Augsburg, Baden-Baden, Bamberg, Eichenreuth, Freiburg, Ingolstadt, Konstanz, Karlsruhe, Laupheim, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Singen, Stuttgart, Wackensberg, einmgl. der Poststellen des Pfälzburger Bezirks, Frankfurt, Kissingen, Mannheim, Mainz, Saarbrücken, Schwabheim, Schweinfurt, Speyer, Würzburg 1 u. 2.

